

Kurzbericht Bundeskonferenz SPD 60plus in Berlin

Die Bundeskonferenz fand am 27. und 28.10. 2022 im Willy-Brandt-Haus statt. Am Vorabend traf sich der Bundesvorstand zu letzten Absprachen und Sichtung von bis dahin eingegangenen Änderungsanträgen.



Nach der Reduzierung der Delegiertenzahlen mit den Richtlinien für Arbeitsgemeinschaften ist auch Brandenburg wie die meisten kleinen Landesverbände im Osten nur noch mit zwei Delegierten vertreten. Wohl dem, der noch ein Mitglied im Bundesvorstand hat, das auch stimmberechtigt ist.

Mit einer großartigen Rede eröffnete Lothar Binding den ersten Konferenztag. Dabei wurde auch der Toten der letzten Jahre gedacht, wobei natürlich Heidemarie Fischer neben zwei weiteren Verstorbenen ausführlich gewürdigt wurde. Es folgten die Konstituierung und ein Videogrußwort von Saskia Esken.

Der Bericht des Bundesvorstandes, den Lothar vortrug, wurde ergänzt durch kurze Berichte zu zwei

Onlineveranstaltungen. Die Aussprache war recht kurz. Sehr viel intensiver war die Diskussion um die Größe des Bundesvorstandes. Wie immer gab es auch diesmal wieder die Forderung ihn zu vergrößern, damit möglichst alle Landesverbände darin vertreten wären. Der Bundesvorstand wies diese Sichtweise zurück, weil ein größerer Vorstand zu viele administrative Kosten (Fahrten, Unterkunft) verursachen würde und weniger für die inhaltliche Arbeit übrig bliebe. Außerdem wäre es dann keine wirkliche Wahl mehr sondern eine Delegation in den Vorstand. Schließlich blieb es bei den 10 Vorstandsmitgliedern. Bei 15 Bewerbern für die Positionen, insbesondere 10 Kandidaten für 6 Beisitzer, war klar, dass es ein sehr enges Rennen werden würde.

Lothar wurde mit 97,2% wiedergewählt, m.E. ein auch in dieser Höhe verdientes Ergebnis seiner guten Arbeit. Gerlinde Böttcher-Naudiet aus Schleswig-Holstein, Ingrid Reske, Rheinland-Pfalz, und Friedhelm Hilgers, NRW, wurden mit sehr guten Ergebnissen zu Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Nach den Beisitzerwahlen ist Hessen nicht mehr im BuVo vertreten. Dagegen haben BaWü und NRW jetzt je zwei Mitglieder im 10-köpfigen Gremium. Susanne Pape aus Berlin und Frank Kupferschmidt wurden aus den ostdeutschen Landesverbänden gewählt, leider nicht Erika Friedrichs aus Sachsen, sodass weiterhin ein aus Ostdeutschland gebürtiges und dort sozialisiertes Vorstandsmitglied fehlt.

Der Leitantrag des Bundesvorstandes „Altern im Sozialstaat“, eine Art „Regierungserklärung“ des neuen Vorstandes wurde mit großer Mehrheit verabschiedet und erhielt darüberhinaus großes Lob. Unser Antrag zur Pflege ging in dem Leitantrag auf.

Der Antrag aus Sachsen, der vehement den Gerechtigkeitsfonds zur Einmalabfindung für entgangene Rentenleistungen forderte, wurde mit großer Mehrheit beschlossen bei immerhin 26 Gegenstimmen, die sich auch in der Debatte deutlich artikulierten. Ich habe nachdrücklich den Antrag der Sachsen unterstützt. Die Umgestaltung und Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente war ebenfalls ein wichtiges Thema. Der Antrag aus RLP wurde bei nur einer Enthaltung angenommen - ein deutliches Zeichen. Die Anträge zur Digitalisierung und Teilhabe der Älteren daran, darunter unserer zum flächendeckend kostenfreien WLAN für Pflegeheimbewohner, wurden alle mit großen Mehrheiten verabschiedet. Ein Antrag gegen die Altersdiskriminierung im Bereich der Finanzinstrumente fand einhellige Zustimmung. Dies traf auch auf die Forderung der Überführung von Unternehmen der Daseinsvorsorge mit Energie und Wasser in Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligungen der Gebietskörperschaften zu, es gab nur eine Enthaltung. Dagegen wurde mit Mehrheit die Forderung nach Rücknahme der Rentenbesteuerung abgelehnt. Wenn alle Einkommen versteuert werden, kann bei der Rente keine Ausnahme gemacht werden, zumal die Rentenbeiträge zukünftig voll abzusetzen sind. Schließlich fand unser Antrag zum Umbau der Innenstädte für die Folgen des Klimawandels große Zustimmung.



Der Höhepunkt kam nach der Antragsberatung am frühen Freitagnachmittag mit einer Rede des Bundeskanzlers Olaf Scholz. Er erläuterte die derzeitigen Schwerpunkte der Regierungspolitik, die Unterstützung der Ukraine und bekannte sich zu substantiellen zielgerichteten Entlastungen wegen der gestiegenen Energiepreise und Teuerungsrate in der Lebenshaltung. Seine Ausführungen wurden immer wieder durch starken Beifall unterbrochen und er wurde mit stehenden Ovationen nach einer halben Stunde verabschiedet.